

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0  
Telex: 886846 ppbn  
Telefax: (0228) 9 1520-12

## Inhalt

**Dr. Klaus Kübler MdB zur Klimapolitik der Bundesregierung nach über einem Jahr nach dem "Erd-Gipfel": Keine CO2-Reduzierung seit Rio.**

Seite 1

**Marion Caspers-Merk MdB zum Engagement der SPD-Umweltpolitikerinnen: Frauen - Müllmänner der Nation?**

Seite 3

**Christa Randzio-Plath MdEP zu einer Initiative des Marie-Schlei-Vereins: Den Mut der Frauen im Tschad unterstützen!**

Seite 6

48. Jahrgang / 156

18. August 1993

### Keine CO2-Reduzierung seit Rio

**Zur Klimapolitik der Bundesregierung nach über einem Jahr nach dem "Erd-Gipfel"**

**Von Dr. Klaus Kübler MdB**

**Stellvertretender Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion in der Klima-Enquete-Kommission**

Ein Jahr nach Rio hat die Bundesregierung eine Schlüsselverantwortung im Follow-Up-Prozess zur Klima-Konvention von Rio. Diese war ihr auch dadurch zugewiesen worden, daß Bundesumweltminister Töpfer im Frühjahr 1994 voraussichtlich den Vorsitz in der "Commission on sustainable development" übernehmen wird und ferner vor allem weil voraussichtlich im Frühjahr 1995 die erste Vertragsstaaten-Konferenz zur Klima-Konvention in Berlin stattfinden wird.

Die Bundesrepublik Deutschland stand auf dem Rio-Umweltgipfel gut da. Am Gelingen des Gipfels hatte der deutsche Bundesumweltminister großen Anteil.

Knapp ein Jahr danach ist die nationale Bilanz dieser Regierung kümmerlich. Außer der im Grunde selbstverständlichen Einleitung des Ratifizierungsverfahrens sind praktisch keine wesentlichen nationalen, EG-weiten oder internationalen Entscheidungen getroffen worden, um die Ziele von Rio zu erreichen. Dies kommt einem klimapolitischen Offenbarungseid gleich.

Die zur Zeit in Genf ein Jahr nach Rio stattfindende internationale Konferenz der 157 Länder, die vor einem Jahr in Rio die Klimakonvention unterschrieben haben, hat bis jetzt keine CO2-Reduzierungsergebnisse vorweisen können. Keine einzige Million Tonnen CO2-Ausstoß von jährlich 22 Milliarden Tonnen ist seitdem weniger ausgestoßen worden.

Dabei sind die Ergebnisse der internationalen Klimaforschung eindeutig. Die grundlegenden physikalischen Erklärungen für den vom Menschen verursachten Treibhauseffekt können heute als gesichert gelten. Völlig unstrittig ist, daß selbst die vorsichtigsten Studien und Prognosen von langfristig dramatischen Konsequenzen des Klimawandels ausgehen.

Vorlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn  
Postfach 1204 06, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Copyright © 1993  
Alle Rechte vorbehalten  
Wiedruck-Papier



Mit über 90 Prozent Gewißheit wird es zu einer globalen Erhöhung der Oberflächentemperatur und zum Anstieg des Meeresspiegels kommen und mit einer Wahrscheinlichkeit von mehr als 66 Prozent ist auch das Eintreten kontinentaler Sommerdürre in mittleren Breiten - also auch in Europa und hier bei uns in Deutschland - zu erwarten.

Die Kosten für ein Aufschieben von Maßnahmen gegen den Klimawandel werden überproportional ansteigen. Wenn wir heute nicht handeln, wird uns dies morgen teuer zu stehen kommen. Es gibt keinen wissenschaftlichen, keinen objektiv und rational begründbaren Grund für ein Zuwarten.

Die Industrieländer, und unter Ihnen die Bundesrepublik Deutschland an vorderster Stelle, sind aufgrund ihres hohen Energieverbrauchs und der hohen CO<sub>2</sub>-Emissionen in besonderer Weise dazu verpflichtet, bei Maßnahmen zum Klimaschutz eine Vorreiterrolle zu übernehmen.

Was hat die Bundesregierung getan? Da gibt es einen Wirtschaftsminister Rexrodt, der immer nur wieder betont, daß die Ziele von Rio nicht erreichbar sind. Sonst ist von ihm im Bereich des Energiesparens oder einer klimarelevanten Energiepolitik nichts bekannt. Da betreibt der Forschungsminister mit der Eröffnung von Klimainstituten und Klimakonferenzen letztlich unverbindliche Klimapolitik. Da gibt es die Wohnungsbauministerin, die mit der Wärmeschutzverordnung viel zu spät über kommt. Und da gibt es einen Entwicklungsminister, der möglicherweise guten Willens ist, aber nichts durchsetzen kann. Seine Rio-Verpflichtungen kann er nur zu einem Drittel einhalten.

Die Bundesregierung hat bis heute keinen nationalen Aktionsplan für CO<sub>2</sub>-Reduktionen beschlossen. Sie hat auch keine Anregungen und Initiativen für kommunale Aktionspläne gegeben, so daß von einer integralen Klimaschutzpolitik nicht gesprochen werden kann. Die Bundesregierung hat es bis heute versäumt, CO<sub>2</sub>-Reduktionspotentiale festzulegen und Zeitpläne dafür anzugeben. Sie hat was dringend notwendig gewesen wäre, die für Klimapolitik wichtigen Minister nicht in einem Klimakabinett zusammengeführt und damit versagt, ein wirksames politisches Instrument zu schaffen.

Die Bundesregierung hat es bis heute nicht verstanden, die ökonomische Funktion der Ökologie herauszustellen. Sie hat versagt, Umwelt- und Wirtschaftspolitik zusammenzuführen. Sie hat die große Chance veran, die Umweltpolitik zum neuen strukturellen und konjunkturellen Motor für die Wirtschaft zu machen.

Der neue Umweltpolitikstil von 1990 und die Gemeinsamkeiten der ersten Enquetekommission des Deutschen Bundestages zum Klimaschutz und die damalige Gemeinsamkeit des umweltpolitischen Handelns, die bis Rio galt, ist von dieser Bundesregierung ungenutzt verspielt worden. Der Bundeskanzler hat Umweltpolitik leider nie zur Chefsache gemacht.

Die bestimmenden Kräfte in Regierung und Wirtschaft - insbesondere in der Energiewirtschaft - haben Positionen eingenommen, die das CO<sub>2</sub>-Reduktionsziel und ein sinnvolles Follow-Up von Rio schlichtweg unmöglich machen.

Auch in der sogenannten "Standortdiskussion" scheint sich die Bundesregierung offensichtlich die Bedenken der Wirtschaft zu eigen gemacht zu haben, daß Umweltschutz der Wettbewerbsfähigkeit schade und den "Standort Deutschland" gefährde.

Dabei sollte es mittlerweile doch allgemein bekannt sein, daß auch für unsere Wirtschaft nur ernsthafter, substantieller Umweltschutz mittel- und langfristige Perspektiven bieten kann.

Umwelt- und Energiesparttechnologien sind investitionsintensiv und schaffen Arbeitsplätze. Sie erschließen schon heute Zukunftsmärkte. Wer zugunsten vermeintlicher kurzfristiger Gewinnmaximierung den Umweltschutz einschränken will, forciert die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen und untergräbt seine unternehmerische Zukunft.

Die Industrie und vor allem die Energiewirtschaft sind unsere potentiellen Partner für eine konstruktive, zukunftsweisende Klimapolitik. Sie verweigern sich in ihrer großen Mehrheit jedoch zunehmend dem Dialog.

Wir können uns im Umwelt- und insbesondere im Klimaschutz kein Moratorium leisten, geschweige denn ein "Roll-Back".

Eret kürzlich hat die erste UN-Weltklimakonferenz nach Rio erneut eindringlich vor den Folgen des Klimawandels und des Treibhauseffektes gewarnt. Verschärfte Verteilungskämpfe, Völkerwanderungen sowie weltweite politische, soziale und wirtschaftliche Destabilisierung sind zu erwarten. Dürre, Überschwemmungen und andere klimatisch bedingte Katastrophen werden zunehmend die Lebensgrundlagen vieler Millionen Menschen bedrohen.

Der ökologische Umbau unserer Gesellschaft und die ökologische Modernisierung unserer Volkswirtschaft sind die Forderungen des Tages. Sie sind auch die Forderungen der Vernunft.

Wir brauchen einen Öko-Deal hier bei uns in Deutschland und internationale zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern. Die neue US-Regierung eröffnet neue Chancen für eine gemeinsame internationale Strategie. Es läge an der Bundesregierung und Umweltminister Töpfer hier Initiativ zu werden.

Nur durch ein breites Bündnis für einen ökologischen Generationenvertrag sind die Grundlagen der menschlichen Existenz hier bei uns und auf unserer "einen Welt" dauerhaft zu sichern.

(-/18. August 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Frauen - Müllmänner der Nation? Zum Engagement der SPD-Umweltpolitikerinnen**

**Von Marion Caspers-Merk MdB**

**Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion in der Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt"**

Die Müllmisere haben wir alle gemeinsam zu verantworten. Durch unser Einkaufsverhalten, unsere Konsumgewohnheiten und unseren Lebensstil sorgen wir gemeinsam dafür, daß der Müllberg in der EG weiterhin um jährlich fünf Prozent wächst. Einsparungen bei Verpackungsmüll und beim Hausmüll werden mittlerweile durch die Zunahme von ausgedienten Haushaltsgegenständen und von Sperrmüll wieder wettgemacht.

Dennoch scheint das Thema Müllberge vor allem ein Thema für Frauen zu sein. Ursprünglich, weil Frauen sich als erste der Fragen angenommen haben und auf eine konstruktive Lösung drängten. So ist es kein Witz: Die erste kommunale Satzung bei der durchgehend sowohl die männliche als auch die weibliche Form verwendet wurde, war eine Müllsatzung.

Heute, weil die Wirtschaft es geschafft hat, die Verantwortung für zukunfts- und umweltorientiertes Handeln wieder in die Hände der Frauen als Verbraucherinnen zu legen. Die Werbung suggeriert, daß Wirtschaft und Handel ihren Beitrag zum Umweltschutz bereits geleistet haben und nun sei es an den Konsumentinnen, dieses Angebot auch wahrzunehmen. Dabei verkommt der Umweltschutzgedanke zum billigen Werbeträger.

Es sind die Frauen, die zu Hause überwiegend die unbezahlte Sortier- und Recycling-Arbeit leisten. Auf dieser freiwilligen Mitarbeit basiert das gesamte Duale System Deutschland (DSD), das nun angeblich unser Müllproblem löst, wenn die Hausfrauen nur fleißig Jogurtbecherchen spülen. Daß dieses System dennoch nicht funktioniert, ist sicher nicht die Schuld der Frauen, die zuviel sammeln. Vielleicht liegt es ja an Geschäftsführung, Aufsichtsrat und Kuratorium des DSD. Dort findet sich ausweislich des neuesten Geschäftsberichts keine einzige Frau. Womit die Rollenverteilung beim DSD wieder mal klar ist:

#### **Männer kassieren - Frauen sortieren**

Die Rollenverteilung in der Wirklichkeit sieht allerdings anders aus. Der Widerstand gegen den Müllberg, der in der Bundesrepublik Deutschland sich jährlich zu der Höhe der Zugspitze

türmt, ist überwiegend weiblich geprägt. Die Frauen übernehmen bereits in zahlreichen Umweltinitiativen und Vorortgruppen Verantwortung. Da gibt es "Das bessere Müllkonzept", "Die Müllforen", "Depo-Nie" und zahlreiche weitere Initiativen auf lokaler Ebene, die sich mit der Müllmisere beschäftigen. Zugegeben war es anfangs oft der Widerstand gegen eine Entsorgungseinrichtung; ob Deponie, Sortieranlage oder Müllverbrennung. Aber bei näherer Beschäftigung mit diesem Thema waren es gerade die Frauen, denen auffiel, daß man nicht gegen Entsorgungseinrichtungen sein kann, wenn man nicht gleichzeitig Konzepte erarbeitet, wie der Müllberg verkleinert werden kann.

Ihre Bereitschaft und die Fähigkeit einen Beitrag zur langfristigen Lösung der Probleme zu leisten, haben die Frauen dadurch bewiesen, daß sie sich sehr stark in Umweltgruppen und Initiativen organisieren. Im Vergleich zu Parteien und anderen gesellschaftlichen Organisationen sind die Frauen dort deutlich überrepräsentiert und engagieren sich in diesen Gruppen stärker. In der SPD stellen die Frauen mit circa 28 Prozent Mitgliederanteil gerade mal ein knappes Drittel, in Führungspositionen sind sie immer noch die Ausnahme. Wohingegen nach Auskunft des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. die Frauen bei allen Bürgerinitiativen und Umweltgruppen die eigentlichen Leistungsträger stellen. So sind im bayerischen Landesverband der Initiative "Das bessere Müllkonzept", in dem sich immerhin 100 Einzelinitiativen zusammengeschlossen haben, drei von fünf Vorstandsmitgliedern Frauen, ebenso auf der Bundesebene. Dieses umweltpolitische Engagement der Frauen ist sicher auch darauf zurückzuführen, daß sich die Frauen Sorgen um die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft machen. Das Engagement entsteht auch aus der Verantwortung für die nächste Generation und aus der Diskussion mit den Kindern, die ein sehr waches Umweltbewußtsein haben und mit dem in der Umweltbildung Erlernten, unsere Lebensweise auf den Prüfstand stellen.

Dem Ziel, Umweltbewußtsein zu schaffen und eine umweltverträgliche Gestaltung der Gesellschaft zu fördern, haben sich vor allem die Frauen in der Arbeitsgruppe Umwelt der SPD-Bundestagsfraktion gemeinsam mit den SPD-Mitgliedern der Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt" verschrieben. In beiden Gremien stellen die Frauen folgerichtig den Mehrheitsanteil.

Der Ansatz der SPD, der Müllmisere entgegenzutreten, ist grundsätzlich verschieden von der Position der Bundesregierung, die die Müllberge nur verwaltet und keine Impulse für Müllvermeidung setzt.

Aber beim "Endprodukt" Abfall beginnen, heißt das Pferd von hinten aufzuzäumen. Was fehlt, ist eine Politik der umweltfreundlichen Produktgestaltung, eines ökologischen Designs von Produkten und einer anderen Planung und Organisation unserer Lebenswelt. Dieser Aufgabe stellen wir uns als Umweltpolitikerinnen in der SPD-Bundestagsfraktion.

Warum muß ein Auto, das eine Tonne wiegt, 25. Tonnen Abraum und Abfall erzeugen, bis wir das Fertigprodukt vor uns haben? Warum stehen hinter jeder Tonne Hausmüll, die wir sehen, acht Tonnen Abfall, die unbemerkt schon bei der Produktion anfallen? Deshalb fordert die SPD an Stelle einer isolierten Abfallpolitik eine integrierte Stoffpolitik, um endlich eine energieeffiziente und abfallarme Produktionsweise durchzusetzen. Zukunftsweisende Produkte müssen langlebig, reparaturfreundlich und recyclingfähig sein. Solche Produkte sind keine Utopien, es gibt sie bereits, genannt sei hier nur der Öko-Kühlschrank, der, im Gegensatz zu den herkömmlichen Kühlgeräten, mit wenig Energie und ohne ozonschädigende FCKW auskommt.

Dies ist der einzig gangbare Weg. Die Entwicklung neuer Produkte muß innovativer und phantasievoller werden. Hierbei ist es unverzichtbar, daß die Frauen ihr Engagement und ihre Kreativität einbringen und nicht länger nur als Konsumentinnen betrachtet werden.

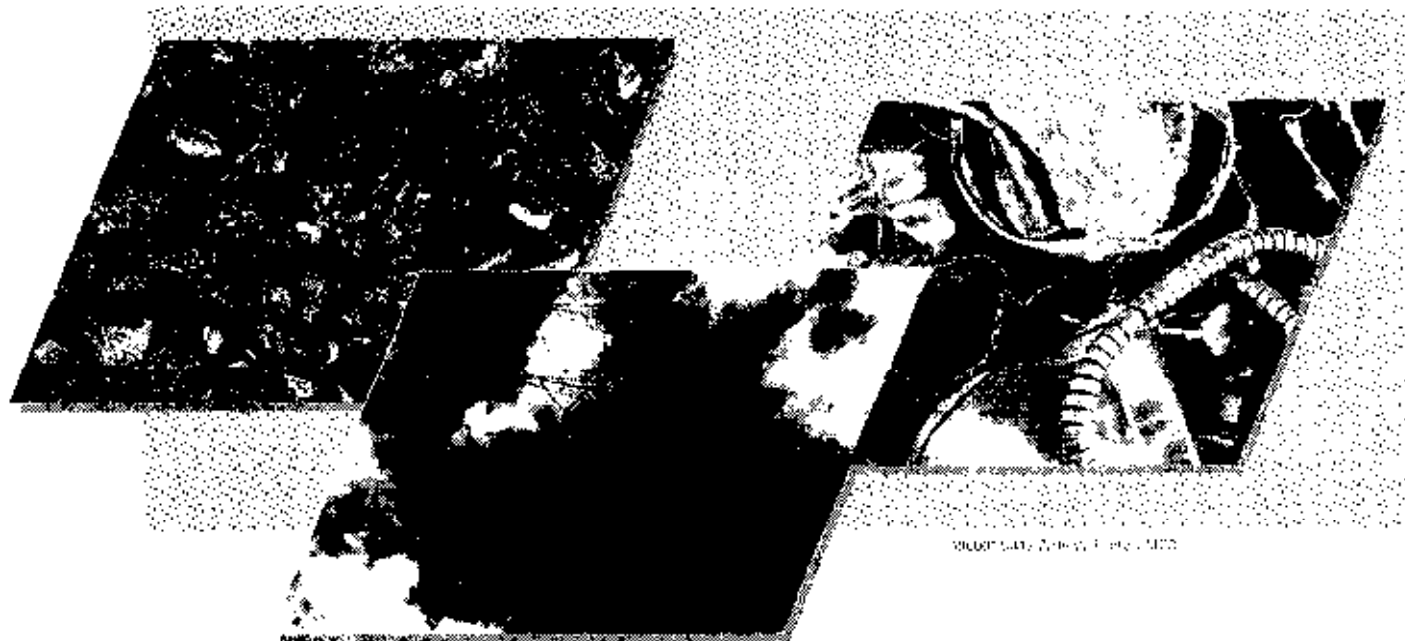
So spricht das DSD in einer Werbebroschüre speziell die Frauen an, die als brave Konsumentinnen Einwegverpackungen spazieren fahren.

(-/18. August 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*

# SIEMENS

## Geprüfte Technik, die alle Wertstoffe und Energie aus dem Restmüll holt.



Kritisch geprüft und für gut befunden. So lautet das Behördenurteil über Schmel-Brenn-Anlagen von Siemens. Kein anderes derartiges Verfahren ist so ausgereift.

**Mit erprobten Komponenten...**  
Seine Komponenten arbeiten schon seit Jahren in Großanlagen, und das gesamte Konzept beweist seine Leistungsfähigkeit bereits seit längerem unter härtesten Bedingungen in einer Versuchsanlage.

**... Wertstoffe erhalten...**  
Alle Werte aus dem Restmüll herausholen, das ist unser Ziel – das Ergebnis sind verglaste Asche

als Baustoff, reiner Schrott zur direkten Wiederverwertung – und nicht zuletzt eine hohe Energiemenge.

**... und Strom und Wärme erzeugen**  
Schmel-Brenn-Anlagen decken umweltfreundlich ein Zehntel des Strombedarfs der an sie angeschlossenen Haushalte. Eine Ener-

giemenge, die sonst anderswo zusätzlich erzeugt werden müsste – was nicht ohne Emission geht.

KWU Umwelttechnik GmbH, T 131  
Hammerbacherstraße 12 + 14  
91058 Erlangen

Restmüll verwerten –  
Energie gewinnen –  
Emissionen senken.  
Die Schmel-Brenn-Anlage.



KWU Umwelttechnik GmbH

**Den Mut der Frauen im Tschad unterstützen!**  
Zu einer Initiative des Marie-Schleil-Vereins

**Von Christa Randzio-Plath MdEP**  
Vorsitzende des Marie-Schleil-Vereins

Das islamisch geprägte Wüstenland Tschad zählt zu den ärmsten Staaten der Welt. Der Erlös aus der Baumwollannte bestimmt seine Exporteinnahmen. Wenig mehr als die Hälfte der ein-  
schulenden Kinder kann eine Schule besuchen. Brutale und massive Menschenrechtsver-  
letzungen sind an der Tagesordnung. Es wird von Massenhinrichtungen, Folter und verschun-  
denen Gefangenen berichtet. Bewaffnete Überfälle, Hungernöte, Umsturzversuche, Gewalt  
und Kriminalität prägen das Leben in diesem Land.

Unbeschreiblich groß ist der Mut der Gemüse-Frauen aus dem Tschad in der Nähe der Haupt-  
stadt N'Djamena. Eine Gruppe hat bereits ihr Durchhaltevermögen bewiesen und trotz Mord  
und bürgerkriegsähnlicher Zustände, trotz Überschwemmungen in diesem armen Wüstenland  
und trotz Cholera den Gemüseanbau und angemessene und angepasste Bewässerungstech-  
niken erlernt. Damit haben sie in der islamischen Gesellschaft zum Selbstbewußtsein der  
Frauen und zur Entwicklung im Land beigetragen. Das wird auch von den Männern anerkannt.

Weitere Fruchtfolgemoöglichkeiten, Bewässerung, Anbautechiken und Vermarktung will eine  
neue Gruppe der Gemüse-Frauen von N'Djamena ausprobieren und erlernen. Auf einem Ver-  
suchsfeld lernen sie alles, was sie anschließend auf ihrem eigenen Stück Land tun werden. Sie  
wollen aber auch nach dem Ende der Ausbildung eine Produktionsgruppe bleiben. Saatgut  
und Geräte und das Honorar für die sie ausbildenden Agrarfachleute können sie aber nicht  
bezahlen.

Der Marie-Schleil-Verein - eine 1984 gegründete gemeinnützige Nichtregierungsorganisation  
mit Erfahrungen in über 100 Kleinstprojekten zur Verbesserung der Lebensbedingungen in  
den Ländern des Südens über von Frauen selbst durchgeführten Ausbildungsprojekten -  
möchte diese Frauengruppe im Tschad mit Ihrer Hilfe und Ihrer Spende unterstützen. Helfen  
Sie helfen!

(-/18. August 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*